

Bayern gegen die neuen Subventionen.

Die bayrische Volkswirtschaftsministerien sind zu dem nachstehenden Bescheid über die Subventionen für den Winter 1923/24 gekommen, als sie zu dem Inhalt der Subventionen in Deutschland nicht nur die Subventionen für den Winter 1923/24, sondern auch die Subventionen für den Winter 1922/23 in Betracht ziehen konnten. Die Subventionen für den Winter 1923/24 sind in der Höhe von 100 Millionen Reichsmark festgesetzt. Die Subventionen für den Winter 1922/23 sind in der Höhe von 100 Millionen Reichsmark festgesetzt. Die Subventionen für den Winter 1923/24 sind in der Höhe von 100 Millionen Reichsmark festgesetzt.

Die bayrische Regierung hat zu den neuen Vorberathungen des Reiches wegen der Vorgänge in Angolstadt und Walsau wahrscheinlich schon gefestigte Stellung angenommen. In unterrichteten Kreisen betrachtet man die Situation als ernst. Die bayrische Regierung wird darauf bestehen, mit der Reichsregierung einmütig zusammenzuarbeiten, um gemeinsam mit ihr eine Lösung zu finden.

Graf Soden gestorben.

In München ist der frühere bayrische Minister des Innern, Graf Soden, gestorben. Am 7. August 1844 in Ludwigsburg als Sohn der württembergischen Kammerherrn und Staatsrats August Freiherrn von Soden geboren, ward Maximilian Josef und Landwirt gleichermassen. Als Schützling des bayrischen Zentrumsführers Grafen v. Uexküll erwarb er die bayrische Staatsbürgerschaft, um bald in der Münchener politischen Welt eine Rolle zu spielen. In Sandtag wie im Reichstag, dem er von 1874-1884 angehörte, und in der Kammer der Reichsräte, deren lebenslangliches Mitglied er seit 1895 war, vertrat er stets ausschließliche agrarische Interessen, u. a. war er Vorsitzender des bayrischen Landwirtschaftsrates. Als 1911 das Ministerium Bodenwirtsch. und das Zentrum unter Hertling die Regierung übernahm, wurde Soden Minister des Innern, von vornherein belastet durch die Gegenwart des Dr. Heim, der sein Verhalten öffentlich als „Kösel“ bezeichnete. Als sein Ernährungsregime während des Krieges völlig versagte, mußte er schließlich am 7. Dezember 1918, zurücktreten, von der unveränderten Gnade seines Königs in den Grafenstand erhoben.

Lausanne.

Die russische Delegation steht auf dem Standpunkt, daß die Meerengenfrage keineswegs geregelt ist und daß sie dabei noch ein Wort mitzusprechen haben werde. Sie bereitet eine neue Note an die Präsidenten der Konferenz vor, die wegen der Meerengenfrage eine Unterkommission fordert. Dabei dürfte sich indessen leicht ein Konflikt zwischen der russischen und der türkischen Delegation ergeben, die durchaus bereit ist, die abgeleitenden Fragen in Privatgesprächen mit den Alliierten zu erledigen. Tschitscherin weigerte sich, den Lausanner Vertrag zu unterzeichnen und gestern blieb die gesamte russische Delegation den Beratungen fern.

Personalverminderungen.

Etwa 25 000 Bedienstete der Eisenbahn werden entlassen. Die Reichsbahnverwaltung wird eine beträchtliche Personalverminderung durchzuführen. Bis zum 31. März sollen 5000 Bediensteten entlassen werden. Ferner soll 20 000 Bediensteten die Kündigung aus dem Staatsdienste überreicht werden. Hierunter werden 8870 Arbeiter und Angestellte und 18 370 Beamte betroffen. Es soll versucht werden, von letzteren 4419 mittlere Beamte in der Finanzverwaltung unterzubringen. 1118, die das 80. Lebensjahr bereits überschritten haben, werden zwangsweise entlassen und für die übrigen 7798 Beamten ist die bloße Kündigung auszusprechen. Hierbei handelt es sich um Beamte, die noch keine längere als vierjährige Dienstzeit bei der Reichsbahn haben. Bei der Kündigung wird auch sonst eine besondere Auswahl getroffen. Es sollen solche Bedienstete ausgesucht werden, die sich als unbrauchbar oder arbeitsunlustig erwiesen haben, eine Doppeldienstung besitzen usw. Wegen Zahlung von Übergangsgeldern an die zu Entlassenden soll noch besonders verhandelt werden. Die weitere Mitgeltung wird, soll auch die Rücksicht auf weniger denkwürdigen Eisenbahnlinien eingeschlossen werden. Außerdem ist beabsichtigt, im neuen Reichsausschuss eine Regelung der Urlaubsgelder für sämtliche Beamte um drei Tage durchzuführen.

Vereinfachung der Verwaltung bei den Versorgungsbehörden
Das Interesse der Allgemeinheit und die mehr als schwierige Finanzlage des Reiches fordern gebieterisch eine Vereinfachung der Verwaltung, die Aufhebung von nicht unbedingt mehr notwendigen Behörden und die Entlassung aller nur irgend entbehrlichen Hilfskräfte. Diesem Zwange vermag sich auch das Reichsministerium nicht zu entziehen, und zwar um so weniger, als der Reichstag und die Landesregierungen einmütig die Vereinfachung der Verwaltung fordern. Das Reichsministerium ist daher genötigt, nach Abschluß der Um-

ausfertigung die nicht mehr als wirtschaftlich zu bezeichnenden Versorgungsbehörden, deren Tätigkeit auch von einem anderen Ministerium aus übernommen werden kann, aufzulösen. Bei der Auflösung dieser Maßnahmen sollen die berechtigten Interessen der Beamten der aufzulösenden Ministerien, soweit dies irgendwo möglich ist, Berücksichtigung finden. Die Belange der Kriegsoberer sollen in keiner Weise eine Schwächung erfahren. Kostspielige und zeitraubende Reisen von Kriegsoberern, die mit Ablauf der Amnestieerklärungsarbeiten nur noch in ganz seltenen Ausnahmefällen am Amtssitz selbst vorzusprechen haben, werden durch die Einrichtung von Versorgungsstellen und besonderen ärztlichen Untersuchungsstellen vermieden werden. Die Minister selbst, die durch die Vereinfachung von einzelnen Bereichen einen erweiterten Wirkungsbereich erhalten, werden hinsichtlich mit gut eingearbeitetem Beamtenpersonal ausgestattet sein, so daß sie den erhöhten Anforderungen, die an diese vergrößerten Ministerien bezüglich der Bearbeitung der Versorgungsangelegenheiten und des sonstigen vermehrten Schriftverkehrs herantreten werden, voll gewachsen sind.

Von Stadt und Land.

Am 23. Dezember 1923.

Weihnachten.

Wieder einmal steht Weihnachten vor der Tür, Weihnachten das Fest der Liebe. Mit welcher freudiger Erwartung... Aber das haben wir ja alle schon hundertmal gehört und werden wir noch hundertmal hören müssen. Und das wissen doch alle. Soll ich wirklich noch darauf aufmerksam machen? Würde ja gar niemand lesen wollen. Phrasen! Redensarten würde man sagen. Wir wollen Tatsachen! Wir leben nicht umsonst in der Zeit, wo man sich immer auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt. Nun ja Tatsachen. Ich wähle eigentlich zu Weihnachten keine besseren Tatsachen als die Weihnachtsgeschenke. Alles andere ist schließlich doch bloß Staffage und Rampenlicht. Wenn die Kinder, die allein wirkliche Empfänglichkeit für das haben, was den großen Begriff Weihnachten ausmacht, wenn die Kinder noch so beglückert sich am Glanze des Christbaums erfreuen — trennen wir uns nicht, das Bechten ihrer Augen gilt doch vor allem dem großen Augenblicke der Befreiung. Kinder sind größere Materialisten, als man so denkt. Wirklich, das ist mein voller Ernst. Nur ist ihr Materialismus von so wunderbarer realistischer Glaubwürdigkeit, daß sie nur zu gern ihre Geschenke aus der Hand eines Weihnachtsmannes empfangen, den Gott expressly zu ihnen beordert haben soll. Die fürchten ihn, diesen Weihnachtsmann, und erwarten ihn doch voller Sehnsucht. Wie arm sind dagegen wir Erwachsenen. Wir fürchten ihn nicht und erwarten ihn nicht. Wir sind längst schon dahinter gekommen, daß alle diese Weihnachtsmänner und Bubuhmänner weiter nichts als phantastische verkleidete gemüllte Ontos oder sonst was sind. Wir denken daran, daß die Dinge, die sie mit Gepolter ausschütten, von uns selber gekauft sind für teures Geld und daß sie, die das wenigste dazu gegeben haben, lieber nicht gar so hanebüchene Bärm machen sollten. Wir stehen eben wieder auf dem Boden der gegebenen Tatsachen. Und nur die Kinder, diese großen Idealisten — sie sind nämlich die größten Idealisten die es gibt — nur die Kinder glauben, daß der Weihnachtspopanz abgeht, ohne auch nur den Wunsch zu haben, selber etwas zu bekommen. Alle diese Bubuhmänner, indessen kriegen etwas zu Weihnachten. Alle!

Kuch die Weihnachtstorten! —
Der biedere Befreier des bleibenden Vogtlandes, Toussaint L'Ouverture en miniature, im Hauptberuf praktischer Feldher, im Nebenberuf Rinoerklärer, Er, der auch unsere Stadt besucht, der große Bubuhmann, vor dessen roten Regionen so manches stolze wohlgepolsterte Männerherz ins Jittern geriet und dem doch soziale mit ruhender echt kindlicher Hoffnung entgegenzueilen, er hat ebenfalls sein Weihnachtsgeschenk erhalten. Er ist Ehrenmitglied des russischen Sowjets geworden. Fast so etwas wie ein Gegenstück zu jenem Dokument, das den „Lieblingsdichter des deutschen Volkes“ zum Ehrenbürger der französischen Republik erklärte. Der eine hatte „Die Räuber“ geschrieben und der andere (der eben wieder Tatsachen wollte) hatte Räuber gespielt. —
Hölgens Waze. Da fällt mir ein, daß wir noch so einen großen Waz haben, auch so etwas wie Bubuhmann, aber mehr noch Volksbeglucker, der jetzt wegen des ihm zugehenden Weihnachtsgeschenk die Rolle zu haben scheint. Waz Klante, der frohe Weitspitzer. Eigentlich hat der es doch noch weiter gebracht als Schiller oder Hölg. Eine Villa, tipp-topp, drei Luxusautos, Rennpferde — Filmstube in Täglichkeit, der Klante-Marsch von der Berliner Stadtkapelle unter den Linden gespielt — tatsächlich, der Rinaldo aus des Waldes tiefsten Gräben von hinten fällt dagegen ab.

Über freilich — „et kratzt! Und wenn et kratzt, dann hat et jekracht.“ Das Weihnachtsgeschenk wird zwar etwas zu spät kommen, doch es kommt — trotz Bauchschmerzen. Ein Verdienst indessen muß man Waz Klante lassen: Daß die Rolle, die er eine Zeit lang spielte, ein meisterhaftes Symbol der „Zeitgeist“ war. —

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 20. Dezember 1923.

Vorsitzender Herr Amtshauptmann Dr. v. Schwarz. Genehmigt wurden Anträge zu verschiedenen Gemeindefeuerverordnungen, über die Erhebung von Hundesteuer, Vergütung- und Wertzuwachssteuer, Grundsteuerzuschlag und Sonderzuschlag zur Wohnungsbauabgabe. Ferner wurden genehmigt Anträge zum Ersatz verfallener Bedammensgebühren, ein vortagelicher Beschluß über die Befreiung des Gemeindevorstandes von der Befreiung der Gebäude in Angelegenheiten der Schlichtung und Fleischschau. Für das einer Gemeinde vom Wirtschaftsministerium zur Kartoffelversorgung gewährte Darlehen wurde die Bürgerschaft übernommen. Das Gesuch eines Gemeindevorstandes um Erweiterung des Straßensystems wurde abge-

lehnt. Es sollen aber wegen eines weiteren, der Entwertung entsprechenden Erhöhung des Geldwertes Schritte unternommen werden.
Der Antrag eines Gemeindevorstandes auf Bewilligung der Bestimmungen über den Besuch des Schand- und Besondereinrichtungen für jugendliche Personen soll an das Ministerium des Innern befürwortend weitergeleitet werden. Zu den Schaufeldarbeiten eines Gemeindevorstandes wurde eine Beihilfe von 20 000 Mark bedingungsweise bewilligt. Der Neuzugang der Bestimmungen über das Halbwesen im Meßgen Gebiet wurde genehmigt. Der Erhöhung des Unterhaltsgeldes für die Freistellen der Landesheule Dresden wurde ebenfalls zugestimmt. Dem Landesverein Schiff. Heimatschutz wurde eine einmalige Bewerbe von 8000 Mark bewilligt. Der Hinzugang für die vom Bezirksverbande ausgetheilten Tarifen wurde erhöht. Das Gesuch des Gewerkschafts in Niederhollern um Ausdehnung der Schanerlaubnis auf ein neu eingerichtetes Stammes wurde genehmigt.

Sträglige Finanzlage. Der für die Dauer der Weihnachtsferien des Landtages eingelegte parlamentarische Zwischenanschluß hielt eine streng vertrauliche Sitzung ab, in der eine Aussprache über die Finanzlage des sächsischen Staates gepflogen wurde. Entgegen den verbreiteten Nachrichten ist die Finanzlage in Sachsen nicht so arg.

Was Schippel wird Professor der Staatswissenschaften. Der bisherige Leiter der Landesstelle für Gemeinwirtschaft in Dresden, Max Schippel, ist vom 1. Januar 1923 ab zum ordentlichen Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Sozialpolitik, in der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden ernannt und zum Leiter der neu zu errichtenden sozialpolitischen Abteilung des volkswirtschaftlichen Seminars an der gleichnamigen Hochschule bestellt worden. — Schippel wurde 1859 in Chemnitz geboren, wo sein Vater Schuldirektor war. Er studierte an den Universitäten Belgien, Berlin und Breslau. Er schloß sich der sozialistischen Partei an und betätigte sich als sozialpolitischer Schriftsteller. Seine Ansichten über die allenthalben die Zustimmung seiner unentwegten Partei genossen.

Die Rotgeldscheine des sächsischen Staatsbankrott. 500 Mark begeben, wie von dem Sekretariat dieses Instituts mitgeteilt wird, im Annaberger Bezirk verschiedenen Wirtshäusern. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Rotgeldscheine nach wie vor Geltung haben und daß keinerlei Maßnahmen zur Tilgung derselben bekannt geworden sind. Die staatlichen Kassen des Freistaates Sachsen sind zur Annahme des Geldes verpflichtet, ebenso die auf den Scheinen angegebenen Verweiser.

Subtilen. Einem alten Brauche folgend, wurden heute bei der Firma Erdmann Ritzsch, Blechbearbeitungs-Maschinenfabrik, hier, eine Anzahl Arbeiter-Veteranen, die in diesem Jahre auf eine ununterbrochene 30 jährige Tätigkeit in diesem Betriebe zurückblicken können, seitens ihrer Chefs durch Ueberreichung einer Ehrenurkunde und eines namhaften Geldgeschenkes geehrt. Es betraf dies folgende Herren: Heide, Wabin Stergel, Wue, Stangenreher Eduard Reich, Wueben und Pader Wabin Schuster, Alberoda, Stöcher Karl Hercher.

Weihnachtsfeier in der 2. Bürger Schule. Weihnachten ist ein jubelndes Fest der Liebe, ein Volksfest, das tief in den empfindenden Seelen der Menschen wurzelt. Wer echte Weihnachtsfreude erleben will, muß in leuchtende Kinderaugen schauen und selbst wieder Kind werden. Diese Erkenntnis hatte auch viele Eltern zur Weihnachtsfeier der 2. Bürger Schule geführt. Frohe Weihnachtsschöre wechselten mit kindertümlichen deklamatorischen und gesanglichen Darbietungen. Anet Ruppardt, das Christkind und die Engelchen erfüllten die Kleinen mit Jubel und Begeisterung. So ist der Boden bereitet und festliche Stimmung geschaffen worden für das Weihnachten der Familie.

Die Christmette in der Nikolikirche am 1. Weihnachtstages. feiertag beginnt früh 5 Uhr. Auch in diesem Jahre werden den besondere Gottesdienstordnungen für die Mette ausgegeben. Um unliebsames Gedränge vor der Christmette zu vermeiden, sind diese Gottesdienstordnungen schon jetzt in den Zigarrengeschäften der Herren Lorenz und Willter, sowie auch morgen von 10 bis 12 Uhr in der Pfarramtstanzle zu haben.

Die Christvesper am Heiligabend findet nicht um 5 Uhr, wie im Kirchenboten irrtümlich gedruckt ist, sondern um 4 Uhr statt.

Wahltag. In Wue ist, da der Weihnachtstheilabend und der Silvester dieses Jahr auf einen Sonntag fallen, die Arbeitzeit im Barbier- und Friseurgewerbe an diesen Tagen bis 8 Uhr nachmittags gestattet worden. Am 1. Weihnachtstages ist die Arbeitzeit in diesen Gewerbebetrieben die übliche, von 8 bis 11 Uhr vormittags. Am 2. Weihnachtstages und am Neujahrstages hat jede Arbeit in diesen Gewerbebetrieben zu ruhen.

Gewerkschaftsbewegung.

Resolution der Wäsche-Industrie-Angestellten. In der am Freitag, den 22. Dezember im Restaurant Stadtbrauerei Wue, tagenden Versammlung der Wäsche-Industrie-Angestellten von Wue und Umg. wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute verammelten Angestellten sämtlicher Organisationen der Wäsche-Industrie im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sind fest entschlossen, etwaigen Bestrebungen der Arbeitgeber dieser Industrie, die tariflichen Vereinbarungen, die bisher gemeinsam mit der Arbeitgebergruppe der Metallindustrie abgeschlossen worden sind, insofern zu lösen, daß in Zukunft für die Wäsche-Industrie besondere Tarife abgeschlossen werden sollen, den größten Widerstand entgegenzusetzen.

Carlsfeld. Die Rot des Wildes. Der tiefe Schneemacht auch dem Hochwilde sehr zu schaffen, das außerordentlich Rot an Nahrung leidet. Die Folge davon ist, daß die Tiere rubelweise bis an die Zaunstränge heran gehen, um die in deren Nähe befindlichen Winterpflanzungen abzuhäfen. Es wurden auf einer Bahnfahrt zwischen Schönheiderhammer und Carlsfeld drei Rubel sächsischer Hirse (zu etwa je 12 bis